

Telefon : 0203/ 34 03 95
Telex : 855367 inmed d.
Anschrift: Moltkestr. 45,
4100 Duisburg 1

BEM

Pressezentrale Einheit

Die Nachrichten unserer Pressezentrale vom 30. Oktober 1987

1

Die Entscheidung
liegt bei der
Regierung:

WIRD DIE
KOMMUNISTISCHE
PARTEI IN DER
TÜRKEI LEGAL ODER
ILLEGAL ARBEITEN?

• Kutlu und Sargin:
"Wir sehen uns zu
diesem Schritt
gezwungen, weil wir
die legale
Betätigung der
Vereinigten
Kommunistischen
Partei der Türkei
vom ersten Tag
ihres Bestehens an
anstreben."

• Die
Generalsekretäre
der Kommunistischen
Partei der Türkei
(KPdT) und der
Arbeiterpartei der
Türkei (APdT): "Ob
die Vereinigte
Kommunistische
Partei der Türkei
(VKPdT) legal oder
geheim arbeiten
wird, hängt jetzt
von der Haltung der
Regierung ab."

Duisburg, den 30.10.87 (BEM) - Die General-
sekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei
(KPdT) und der Arbeiterpartei der Türkei (APdT)
haben sich mit einem Schreiben an alle
Demokraten und fortschrittlichen Personen und
an alle demokratischen und fortschrittlichen
Organisationen gewandt und haben darauf
hingewiesen, daß die Türkei das einzige Land in
Europa ist, in dem die kommunistische
Partei verboten ist. Weiterhin heißt es in dem
Schreiben: "Die Regierungskreise können heute,
an der Schwelle des Beitritts in die
Europäische Gemeinschaft, die sowohl von der
westeuropäischen Öffentlichkeit als auch von
den fortschrittlichen Kräften in der Türkei
nachdrücklich vorgetragene Forderung nach einer
Demokratisierung nicht mehr ignorieren. In der
Türkei werden am 29. November vorgezogene Wahlen
stattfinden. Im Ergebnis wird sich klären, ob
wie behauptet, demokratische Verhältnisse
herrschen oder nicht."

Es wird in dem Schreiben hervorgehoben, daß
beide Parteien die heutige Situation eingehend
analysiert haben. Weiter heißt es in dem
Schreiben: Wir sehen uns zu diesem Schritt
gezwungen, da wir die legale Betätigung der
Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei
(VKPdT), die aus der Vereinigung der KPdT und
der APdT hervorgeht, vom ersten Tage ihres
Bestehens an anstreben. Unter den heutigen
Umständen wollen wir nicht zur illegalen
Betätigung gezwungen werden. Ob die VKPdT legal
oder geheim arbeiten wird, hängt jetzt von der
Haltung der Regierung ab.

Es steht jetzt die Frage auf der Tagesordnung,
ob in der Türkei, die ein Mitglied der
europäischen Staatenfamilie ist, die
pluralistische Demokratie, wie sie dem Geist
unserer Zeit entspricht, verwirklicht wird oder
nicht. Weil wir glauben, daß wir mit der
Rückkehr in unsere Heimat einen Beitrag zur
Verwirklichung der Demokratie leisten können,
nehmen wir die bestehenden Risiken in Kauf.

Wir hoffen, daß Sie diesen Schritt, der für die uneingeschränkte Verwirklichung der Demokratie und der Menschenrechte in der Türkei unternommen wird, und unsere Initiative für die legale Betätigung der VKPdT unterstützen werden.

KUTLU BEANTRAGT
BEIM
GENERALKONSULAT
REISEPAPIERE FÜR
RÜCKKEHR IN DIE
TÜRKEI

- Der Generalkonsul in West-Berlin, Tahsin Özer, wird morgen den Antrag beantworten

Duisburg, den 30.10.87 (BEM) - Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, hat bei dem Generalkonsul der Republik Türkei in West-Berlin, Tahsin Özer, um einen Termin gebeten. Tahsin Özer hatte mitgeteilt, daß er Kutlu am 30. Oktober zwischen 10.00 und 12.00 Uhr erwarte. Haydar Kutlu kam heute um 11.05 mit seinem Rechtsanwalt und zwei Freunden zum Generalkonsulat. Vor dem Konsulatsgebäude wurde er von einer großen Gruppe von Journalisten erwartet. Der Generalsekretär der KP der Türkei ging zusammen mit den Journalisten ins Konsulatsgebäude und wurde sofort vom Generalkonsul Tahsin Özer empfangen.

In dem Gespräch mit Tahsin Özer wies Kutlu darauf hin, daß er ein Staatsbürger der Türkei sei und sagte, daß er deswegen Reisepapiere für seine Rückkehr in die Türkei beantrage. Der Generalkonsul hörte mit Interesse zu und erwiderte, daß er über den Fall von Kutlu nicht informiert sei. Er wisse nicht, ob die Staatsbürgerschaft von Kutlu aberkannt worden sei. Er würde die Angelegenheit untersuchen und morgen um 9.00 Uhr darauf antworten. Er teilte mit, daß Kutlu sich morgen auch telefonisch über das Ergebnis erkundigen könne.

Die Antwort des Generalkonsuls auf den Antrag von Kutlu wird mit großem Interesse erwartet.

GROSSES ECHO AUF
DIE ENTSCHEIDUNG
DER
GENERALSEKRETÄRE
DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI UND DER
ARBEITERPARTEI, IN
DIE TÜRKEI
ZURÜCKZUKEHREN

• Während die Regierung keine klare Position bezog, sprachen die legalen Oppositionsparteien sich für eine Aufhebung der Gesetzesparagrafen, die die kommunistische Partei verbieten, aus.

• Der Staatsanwalt der nach dem Putsch errichteten Staatssicherheitsgerichte und Verantwortliche im Innenministerium sprachen von Verhaftung.

Duisburg, den 30.10.87 (BEM) - Die Erklärung der Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT) fand in der Presse und unter politischen Kreisen ein großes Echo.

Vor dieser Erklärung der APdT und der KPdT hatte der Regierungssprecher und Staatsminister Celal Güzel bekundet, daß die Regierung liberal sei und sie "den Zurückkehrenden Nachsicht zeigen" werde. Der Vorsitzende der Partei des Wahren Weges - sie wird im Parteeinspektrum rechts von der Mitte eingeordnet - , der langjährige frühere Ministerpräsident Süleyman Demirel hatte sich zum ersten Mal für die Aufhebung der Paragraphen 141 und 142 des türkischen StGB, die die Gründung der kommunistischen Partei verbieten, ausgesprochen. Außerdem war bekannt, daß die größte Oppositionspartei, die Sozialdemokratische Volkspartei, und die Demokratistische Linkspartei von Anfang an gegen die besagten Paragraphen auftraten.

Auf die Erklärung der Generalsekretäre der APdT und der KPdT, daß sie in die Türkei zurückkehren und dort die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei gründen werden, reagierte aus den politischen Kreisen als erster die Oppositionsführung. Fikri Saglar, Generalsekretär der Sozialdemokratischen Volkspartei, meinte, daß seine Partei von Anfang an für die legale Betätigung der kommunistischen Partei eintrete. Der stellvertretende Vorsitzende der regierenden Vaterlandspartei, Bülent Akarcali, sagte: "Es wird absichtlich versucht, uns vor vollendete Tatsachen zu stellen." In den folgenden Tagen meldete sich auch der Ministerpräsident Turgut Özal zu Wort: "Sie können kommen. Wenn ein Verfahren gegen sie vorliegt, wird es durchgeführt. Unter den bestehenden Gesetzen kann eine kommunistische Partei nicht gegründet werden. Ohne die notwendigen Gesetzesänderungen ist dies nicht möglich." Der Berater Özals, Adnan Kahveci, erklärte: "Wir können die juristische Lage nicht beeinflussen. Aber auf anderem Gebiet können wir behilflich sein."

Der Vorsitzende der Menschenrechtsvereinigung, Rechtsanwalt Nevzat Helvacı, der Vorsitzende der Anwaltskammer und zahlreiche Juristen haben die Rückkehr der Generalsekretäre der KPdT und der APdT positiv aufgenommen. Die Juristen erklärten, daß die Angelegenheit unter

berücksichtigung der drei juristischen Hauptprinzipien, die seit dem Militärputsch vom 12.9.1980 mißachtet wurden, angegangen werden müsse. Die drei juristischen Hauptprinzipien seien: "Die Hoheit der Gerichtsbarkeit, die unantastbarkeit der Verteidigung sowie gerechte und demokratische Verfahrensführung."

Auf der anderen Seite erklärte der Staatsanwalt der nach dem Militärputsch errichteten Staatssicherheitsgerichte in Istanbul, daß im Falle ihrer Rückkehr ein Verfahren gegen sie eröffnet werde. Auch das Innenministerium und Polizeipräsidium sagten, daß die Generalsekretäre der APdT und der KPdT verhaftet werden würden.

Die Presse maß der Nachricht über die Rückkehr große Bedeutung bei. Seit dem Bekanntwerden der Nachricht hat die türkische Presse darüber nahezu jeden Tag auf den ersten Seiten berichtet. Fast alle, auflagenstarken Zeitungen und Zeitschriften haben mit den Generalsekretären der beiden Parteien persönliche Interviews veröffentlicht. Namhafte Kolumnisten haben dieses Thema behandelt und die Notwendigkeit der Aufhebung des Verbots unterstrichen.

Andererseits haben die letzten zwei Tage die Zeitungen Tercüman und Son Havadis, die die Ansichten der fanatisch rechten Kreise vertreten, sich offen gegen die Gründung der kommunistischen Partei ausgesprochen und die Regierung beschuldigt, Zugeständnisse zu machen.

Der Führer des Militärputsches vom 12. September 1980 und derzeitige Präsident, Kenan Evren, sagte in seiner Anprache anlässlich des Jahrestages der Ausrufung der Republik am 29. Oktober, daß es Kräfte gebe, "die ein Einparteiensystem anstreben" und gab damit zu erkennen, daß er die mit den Kommunisten in Zusammenhang stehende Entwicklung der letzten Tage nicht gutheiße.